

Evangelische Volkspartei der Schweiz

Generalsekretariat

Josefstrasse 32

8021 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Migration
Stabsbereich Recht
Frau Gabriela Roth
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

14. April 2009

**Entwurf zur Änderung des Asylgesetzes und
des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer**

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zu den obigen Vorlagen. Die EVP steht den vorgeschlagenen Änderungen ausgesprochen skeptisch bis ablehnend gegenüber. Eine weitere Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechts ist nicht angezeigt.

Allgemeine Bemerkungen

Als Hauptgrund für die Revision führt der Bund die steigende Anzahl Asylgesuche an und damit verbunden die Notwendigkeit, das Asylverfahren zu optimieren, um die Attraktivität der Schweiz als Zielland von Asylsuchenden zu senken. Die Einreichung eines Asylgesuchs ist jedoch zuallererst ein Recht und nicht ein Missbrauch, den es zu bekämpfen und zu verhindern gilt. Die EVP befürchtet, dass der Kerngedanke des Asylwesens – nämlich Verfolgten verlässlichen Schutz zu bieten – mehr und mehr aus dem Blickwinkel gerät.

Die Asylgesuchszahlen sind seit Sommer 2008 zwar gestiegen, liegen aber im unteren Durchschnitt, wenn man die Zahlen der letzten acht Jahre betrachtet. Die Entwicklung kann nicht als alarmierend bezeichnet werden. Die EVP sieht deshalb keine Notwendigkeit, bereits ein Jahr nach Inkraftsetzung der letzten Änderungen das Asylgesetz erneut zu verschärfen, zumal die Erfahrungen mit dem neuen Recht noch beschränkt und keineswegs so positiv sind, wie von Ihnen im Begleitschreiben zum Vernehmlassungsverfahren dargestellt. Wenn im Kanton St. Gallen von 23 Personen nach der 18-monatigen Durchsetzungshaft 20 Personen wieder auf freien Fuss gesetzt werden mussten und diese anschliessend untertauchten, so muss der Erfolg dieser Massnahme bezweifelt werden. Wir halten sie für nutzlos und unnötig. Es macht auch volkswirtschaftlich keinen Sinn, 2 Millionen auszugeben, um drei Asylsuchende loszuwerden.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen im Asylgesetz

AsylG, Art. 3: Ausschluss von Wehrdienstverweigerung und Dersertion als Asylgrund

Die Neudefinition des Flüchtlingsbegriffs soll verhindern, dass die Schweiz generell für Deserteure und Dienstverweigerer zum Zielland wird. Sie ist damit in erster Linie zur Abschreckung von Asylsuchenden gedacht, die sich Chancen auf Aufnahme in der Schweiz ausrechnen, wenn sie sich als Wehrdienstverweigerer oder Deserteure ausgeben.

Diese Einschränkung des Flüchtlingsbegriffs für eine Personengruppe, die anerkanntermassen ein Schutzbedürfnis nachweisen kann, wird von der EVP abgelehnt, zumal sie zur Folge haben kann, dass viele Personen, welche heute als Flüchtlinge anerkannt werden, zukünftig über Jahre als vorläufig Aufgenommene in der Schweiz leben werden, was ihre Integration erschwert. Einzig wegen Wehrdienstverweigerung erhält schon heute niemand Asyl.

AsylG, Art. 3: Anerkennung der nichtstaatlichen Verfolgung

Bei der letzten Reform des Asylgesetzes konnte eine Regelung für nichtstaatlich Verfolgte nicht mehr aufgenommen werden. Stattdessen hielt der damalige Justizminister Christoph Blocher auf die Intervention von Nationalrat Walter Donzé hin in einer Erklärung vor dem Nationalrat fest, dass er bereit sei, den betroffenen Personen den Flüchtlingsstatus einzuräumen.

Inzwischen wurde diese Praxis vom Bundesgericht eingefordert und wird vom Bundesamt für Migration auch so gehandhabt (vgl. Interpellation 06.3535 Perspektiven für nichtstaatlich Verfolgte). Obwohl eine Gesetzesänderung für diese Praxisänderung nicht zwingend ist, soll anlässlich der anstehenden Revision der Schutz bei nichtstaatlicher Verfolgung nun im Gesetz verankert werden. Dies könnte beispielsweise in Art. 3 Abs. 2 wie folgt geschehen:

2 Als ernsthafte Nachteile gelten namentlich die Gefährdung des Leibes, des Lebens oder der Freiheit sowie Massnahmen, die einen unerträglichen psychischen Druck bewirken. Sie können von staatlicher oder nichtstaatlicher Seite erfolgen oder angedroht werden. Den frauenspezifischen Fluchtgründen ist Rechnung zu tragen.

AsylG, Art. 19 und 20: Abschaffung des Botschaftsverfahrens

Die EVP lehnt die Aufhebung des Botschaftsverfahrens ab. Es ermöglicht Schutzsuchenden, ein Asylgesuch zu stellen, ohne die Hilfe eines Schleppers in Anspruch zu nehmen. Wird das Botschaftsverfahren abgeschafft, werden nur noch diejenigen Flüchtlinge, welche die nötigen finanziellen Mittel für die Reise haben und den Weg in die Schweiz auch effektiv bewältigen, in der Schweiz ein Asylgesuch stellen können. Das schwächt die Position der tatsächlich Schutzbedürftigen erheblich und in nicht gerechtfertigter Weise. Es handelt sich ausserdem um ein kostengünstiges Verfahren, da jene Personen, die keine plausiblen Fluchtgründe geltend machen können, gar nicht erst in die Schweiz einreisen können.

AsylG, Art. 34 Abs. 3: Nichteintreten bei Sicherheit vor Verfolgung im Ausland

Die Drittstaatenregelung erlaubt es der Schweiz, Asylsuchende, die in einem Drittstaat Angehörige haben, in dieses Land zu verweisen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Schweiz im umgekehrten Fall Personen, die in der Schweiz Angehörige haben, wegweisen soll. Der EVP ist es wichtig, dass traumatisierte Familien nicht zusätzlich auseinandergerissen werden. Ebenso unverständlich ist es, warum jemand, der offensichtlich die Flüchtlingseigenschaft erfüllt, in ein anderes Land verschoben werden soll. Die Meinung, die der

Bundesrat im September 2002 geäußert hat, ist auch unsere: „Eine strenge Auslegung der Drittstaatenregelung würde es zulassen, auch Personen in einen Drittstaat wegzuweisen, die offensichtlich die Flüchtlingseigenschaft erfüllen. Dies würde jedoch der humanitären Tradition widersprechen, an welcher der Bundesrat festhalten will.“ Die EVP will deshalb die bisherige Formulierung von Art. 34 Abs. 3 lit. a, b und c beibehalten.

AsylG, Art. 43: Bewilligung einer Erwerbstätigkeit

Was die Erwerbstätigkeit betrifft, ist die EVP grundsätzlich der Meinung, dass Asylsuchende mit einem hängigen Gesuch zur Erbringung einer Gegenleistung verpflichtet werden sollen. Die Arbeitsverbote müssen aufgehoben werden, damit die Asylsuchenden ihre Eigenverantwortung wahrnehmen können. Wer keine Stelle findet, soll gemeinnützige Arbeit leisten. Das gilt auch für abgewiesene Asylsuchende, bei denen der Vollzug der Wegweisung offiziell ausgesetzt ist. Es ist gesellschaftspolitisch stossend, dass arbeitswillige und -fähige Personen unter Umständen jahrelang Sozial- bzw. Nothilfe beziehen, ihre Zeit mit Müßiggang totschlagen oder sonst auf Abwege geraten, obwohl sie einer Erwerbsarbeit nachgehen könnten. Wir beantragen deshalb, Art. 43 Abs. 2 wie folgt zu ändern:

2 Eine Erwerbstätigkeit kann nach Ablauf der mit dem rechtskräftigen negativen Ausgang des Asylverfahrens festgesetzten Ausreisefrist bewilligt werden, falls ein ausserordentliches Rechtsmittelverfahren oder ein Asylverfahren nach Artikel 111c eingeleitet und der Vollzug der Wegweisung ausgesetzt wurde. Verlängert das Bundesamt die Ausreisefrist im Rahmen des ordentlichen Verfahrens, so kann weiterhin eine Erwerbstätigkeit bewilligt werden.

AsylG, Art. 82 Abs. 2: Nothilfe bei Mehrfachgesuchen

Dieser Neuerung kann die EVP nur zustimmen, wenn sich die Dauer der ausserordentlichen Rechtsmittelverfahren namhaft reduziert, d.h. auf wenige Monate. Denn das Leben mit Nothilfe trägt zur Unterwanderung des sozialen Friedens bei, polarisiert die Öffentlichkeit und führt zu Aggressivität, Konflikten und höherer Kriminalität.

AsylG, Art. 111: Verfahren bei Wiedererwägungs- und Mehrfachgesuchen

Es ist grundsätzlich richtig, wenn das Verfahren bei Wiedererwägungs- und Mehrfachgesuchen beschleunigt und gestrafft wird. Indem das Verfahren neu nur noch schriftlich und mit sehr kurzen Beschwerdefristen durchgeführt werden soll, wird seine Fairness und die Korrektheit der Entscheidungen jedoch ernsthaft in Frage gestellt. Persönliche Aussagen sind betreffend Glaubhaftmachung und Flüchtlingseigenschaft von entscheidender Bedeutung und können für die Aufklärung von Irrtümern oder scheinbaren Widersprüchlichkeiten unerlässlich sein. Die EVP lehnt deshalb die vorgeschlagenen Änderungen ab. Stattdessen soll die Einführung eines materiellen Schnellverfahrens für offensichtlich unbegründete Asylgesuche geprüft werden, wie es die Schweizerische Flüchtlingshilfe vorschlägt.

Im diesem Zusammenhang fordert die EVP eine gründliche und faire Abklärung, wenn Asylsuchende in ihrem Zweitgesuch ihre Konversion zum Christentum als Grund angeben, der sie daran hindert, in ihre Heimat zurückzukehren. Viele Asylsuchende kommen aus muslimischen Ländern, in denen Christen verfolgt werden und Konvertiten mit der Todesstrafe rechnen müssen. Etliche von ihnen werden während ihres Aufenthaltes in der Schweiz Christen. Es darf nicht vorkommen, dass Asylsuchenden vorgeworfen wird, sie schöben nur aus asyltaktischen Gründen eine Konversion vor.

AsylG, Art. 116: Strafrechtliche Sanktionierung missbräuchlicher politischer Tätigkeit

Die EVP anerkennt, dass es im öffentlichen Interesse sein kann, zu verhindern, dass Asylsuchende ausschliesslich mit der Absicht, sich „subjektive Nachfluchtgründe“ zu verschaffen, politische Aktivitäten in der Schweiz entfalten. In der Praxis wird sich jedoch nie zweifelsfrei feststellen lassen, ob eine Person nur zur Schaffung subjektiver Nachfluchtgründe oder aus echter Überzeugung politisch aktiv wird. Will der Staat hier eine Gesinnung feststellen, ist das überaus heikel. Nicht umsonst hat die Schweiz bei der Zulassung zum Zivildienst kürzlich auf dieses Ansinnen verzichtet. Zudem tangiert die vorgeschlagene Einschränkung die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit in unzulässiger Weise.

Indem mit Art. 116, Buchstabe d auch die Unterstützung politischer Aktionen nach Art. 116, lit. c strafbar werden soll, werden auch Schweizerinnen und Schweizer darin eingeschränkt, ihre politische Haltung und / oder ihre ethischen Überzeugungen zu leben. Die EVP wehrt sich entschieden gegen diese Verletzung der Grundrechte und lehnt die Änderung von Art. 116 ab.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen im Ausländergesetz

AuG, Art. 83: Nachweispflicht für die Unzumutbarkeit der Weg- und Ausweisung

Neu sollen die Betroffenen den Beweis erbringen müssen, dass ihre Weg- oder Ausweisung unzumutbar ist. Diese Umkehr der Beweislast bedeutet eine viel zu grosse Hürde und wird von der EVP abgelehnt.

Das im erläuternden Bericht des EJPD angegebene Ziel, mit der neuen Bestimmung den Abklärungsaufwand über die Frage der Zumutbarkeit im Einzelfall wesentlich zu vermindern, steht in keinem Verhältnis zu den Auswirkungen, welche die Erhöhung des Beweisgrades für die Betroffenen zur Folge hätte. Es steht der Schutz von Leib und Leben in Frage, welcher nicht zugunsten einer Reduktion des Arbeitsaufwandes der Behörde aufgegeben werden darf.

Aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Völkerrechtskonvention hat die Schweiz weiterhin die Verpflichtung, menschenunwürdige Abschiebungen zu unterlassen. Auch eine allfällige Einführung dieser Neuerung entbindet sie nicht von dieser Verpflichtung. Es stellt sich deshalb die Frage, welche effektiven Änderungen es in der Praxis geben wird, wenn das Non-Refoulement-Prinzip auch weiterhin sorgfältig zur Anwendung kommt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier